



Wahlplattform

Kommunalwahl 2009

Bündnis 90 / Die Grünen

Ortsverband Lüdinghausen

Vorschlag zur Beschlussfassung
auf der Mitgliederversammlung am 4. Februar 2009

Version nach der Beratung am 09.03.2009

Präambel

Demokratie durchsetzen - Für eine stärkere Beteiligung der Menschen in Lüdinghausen an Entscheidungen

Die Alleinherrschaft einer Partei über 60 Jahre hat ein Geflecht aus Beziehungen und Abhängigkeiten geschaffen, das der demokratischen Kultur nicht förderlich ist. Wer etwas in Lüdinghausen durchsetzen will, kann dies bisher nur mit dem Einverständnis der CDU tun. Dabei werden manche Absprachen auch ohne die Öffentlichkeit getroffen. Nicht alle dieser Absprachen und daraus folgenden Entscheidungen sind dabei im Interesse der Gesamtentwicklung Lüdinghausens und ihrer künftigen Generationen.

Unser erstes Ziel ist es in diesem Wahlkampf, die absolute Mehrheit der CDU zu brechen, damit endlich frischer Wind ins Rathaus wehen kann. Nur in öffentlicher Diskussion kann sich Demokratie entfalten und bewähren!

Dabei müssen wichtige städtebauliche und wirtschaftspolitische Planungen frühzeitig in der Öffentlichkeit vorgestellt und sachbezogen diskutiert werden. Abweichende Bürgervoten müssen ernst genommen werden.

Unabhängig von wirtschaftlichen Krisenzeiten ist unsere Umwelt die einzige, die wir zum Leben haben, Umwelt- und Klimaschutz sind für uns deshalb eine dauerhafte und zentrale Aufgabe, die auch in Lüdinghausen zu unserem zentralen Aufgabenbereich gehören.

Umwelt und Mobilität werden oft als Gegensatz gesehen. Dies muss nicht so sein. Wir wollen daher den nichtmotorisierten Verkehr für FußgängerInnen und RadfahrerInnen ausbauen und den ÖPNV sowie SPNV stärken und ausbauen.

Durch intelligente Planung für Wohnen und Stadtentwicklung lässt sich ein zu hohes Verkehrsaufkommen vermeiden. Das stärkt die Lebensqualität und Attraktivität Lüdinghausens und seiner BewohnerInnen.

Zukunftsfähig kann eine Stadt nur sein, wenn sie in die Zukunft ihrer Kinder investiert. Bildung und Erziehung vom Kleinkind bis zum schulischen und beruflichen Abschluss, auch die Förderung nicht-staatlicher Angebote, sind deshalb wichtige Aspekte unserer Bildungsforderungen.

Begleitet werden kann diese Aufgabe durch ein reichhaltiges kulturelles Angebot in Lüdinghausen, das im Wettbewerb mit anderen Kommunen einen starken Standortfaktor darstellt.

Dazu gehört auch der Sport. Hier wird es darauf ankommen, den Grundbedarf zu decken und Erfolg versprechende Eigeninitiativen zu fördern. Diese sind für das Miteinander in Lüdinghausen und Seppenrade unverzichtbar.

Das soziale Miteinander kann nur funktionieren, wenn den Menschen, die sich selbst nicht (mehr) helfen können oder die unverschuldet in Not geraten sind, Wege aus der Not bereitet werden. Gerade in unsicheren wirtschaftlichen Zeiten ist für uns die Solidarität der Bürgergemeinschaft unverzichtbar. Alles das lässt sich nur durchführen, wenn Wirtschaft und Finanzen in Ordnung sind. Wir wollen daher die bisher gesunde wirtschaftliche Struktur unserer Stadt erhalten und fördern. All das geht nur, wenn wir mit den städtischen Finanzen verantwortungsvoll umgehen, der Gegenwart Rechnung zollen, aber zukünftigen Entscheidungsträgern durch Schuldenabbau eigene Gestaltungsmöglichkeiten lassen!

Umwelt- und Klimaschutz

In vielen Bereichen muss in Lüdinghausen mehr auf die Belange des Klima- und Umweltschutzes geachtet werden. So räumt die Stadtverwaltung viel zu häufig dem kurzfristigen Gewinnstreben Einzelner Vorrang ein vor einer langfristigen Sicherung unserer natürlichen Lebensgrundlagen. Häufig mag auch „nur“ Gedankenlosigkeit der Grund für städtische Umweltsünden sein. Stattliche Bäume, wie zum Beispiel 2008 an der alten Ostwallschule, werden gleich reihenweise gefällt. Historische Grünbereiche, wie beispielsweise Teile der Janackergärten, die einem Lebensmittelmarkt weichen mussten, werden ohne Not geopfert. Die Nutzung unerschöpflicher Energien wird, wie das Beispiel der Windräder in der Bauerschaft Aldenhövel zeigt, systematisch verhindert.

Das rasante Wachstum unserer Stadt ist mit einer Zersiedlung des ländlichen Raumes und mit einem enormen Flächenverbrauch teuer erkaufte worden. Dabei gingen Flächen verloren, die der Landwirtschaft oder der Natur jetzt fehlen. Mit dem weiteren Flächenverzehr muss jetzt endlich Schluss sein. Statt neue Flächen in Anspruch zu nehmen, sollen künftig verstärkt innerstädtische Siedlungsflächen genutzt werden. Die vorhandenen bzw. bereits ausgewiesenen Wohnbauflächen müssen möglichst umweltgerecht fertig gestellt werden.

Lüdinghausen soll im Verbund mit den Nachbarkommunen die Energienetze übernehmen. Wir GRÜNEN machen uns dafür stark, dass dieser kommunal gesteuerte Energieversorger den zügigen Ausbau der Erneuerbaren Energien voranbringt, um so unsere Stadt zukunftssicher zu machen. Dieser Ausbau soll nicht nur im Bereich der Stromerzeugung erfolgen. Auch bei der Beheizung der Gebäude wird neben einer besseren Wärmedämmung künftig Sonnenenergie und Umweltwärme die zentrale Rolle spielen. Der Stadt spielt hier bei der Bauleitplanung eine wichtige Rolle, da mit der Ausrichtung der Gebäude auch über deren künftigen Energiebedarf entschieden wird.

Lüdinghausen muss seine Bürger stärker darin unterstützen, mit wertvollen Ressourcen sparsam umzugehen. Der Verbrauch von Ressourcen wird ganz entscheidend über den Preis gesteuert. Ist dieser nicht verursachergerecht, verfehlt er seine Steuerwirkung. Deshalb dürfen die Haushalte, die wenig Abfälle und Abwasser produzieren, nicht länger gegenüber solchen Haushalten benachteiligt werden, die mehr Wasser verbrauchen und mehr Abfälle produzieren.

Konkret heißt das:

- Schaffung der planungsrechtlichen Grundlagen für den wirtschaftlichen Betrieb von Windkraftanlagen in Lüdinghausen und Aufhebung der Höhenbeschränkung von 100 m im einzigen Windvorranggebiet der Stadt in der Bauerschaft Aldenhövel
- Aufstellung eines lokalen Klimaschutzkonzepts zur Umsetzung des von der Bundeskanzlerin verkündeten Klimaschutzziels „Minus 40 Prozent CO₂-Ausstoß bis zum Jahr 2020“ für die Stadt Lüdinghausen und insbesondere für die städtischen Liegenschaften
- Unterstützung der Lüdinghauser Einwohner bei der Errichtung weiterer Bürgersolaranlagen z.B. durch kostenlose Bereitstellung städtischer Dachflächen
- Da die Bevölkerung insgesamt nicht mehr wächst, ist eine weitere Ausweitung von Baugebieten unnötig. Die vom Rat bereits einstimmig beschlossene Überplanung des alten Reitplatzes in Seppenrade wird durch diese Forderung nicht in Frage gestellt.
- Aufstellung eines jährlich fortzuschreibenden Grünpflege- und –entwicklungskonzepts und laufende Überprüfung der Ziele unter Beteiligung des Umweltausschusses und der Öffentlichkeit
- Festsetzung gerechter Müllgebühren durch Gleichbehandlung der Einwohner im Außen- und Innstadtgebiet Lüdinghausens – Schluss mit der Subventionierung der Kosten für die Abfallbeseitigung in den Außenbereichen durch die Bewohner des Innenstadtbereiches
- Förderung eigener erneuerbarer bzw. effizienter Energien

Umweltverträglicher Verkehr

Mobilität ist Bewegungsfreiheit. Doch dafür zahlen wir einen hohen Preis. Umweltzerstörung und Klimakollaps, Gesundheitsbeeinträchtigung, Verlust von Kaufkraft für Energieimporte. Wir wollen lokal in unserer Stadt daher eine umweltverträglichere Gestaltung unseres Verkehrs bewirken.

Wir wollen Verbesserungen für Fußgänger, Radfahrer, Bus- und Bahnbenutzer. Bei jedem Weg wird ein Teilstück zu Fuß zurückgelegt. Deshalb fordern wir gute durchgehende Fußwege. Die vorhandenen Innenhöfe und Stiegen in Lüdinghausen sind als abkürzende Wege zu erhalten und wahrnehmbarer zu machen.

Bei der Planung ist die Zunahme der Zahl älterer Menschen zu bedenken. Die Qualität muss die Benutzung der Wege und Straßen mit Gehhilfen gefahrlos ermöglichen, dazu sind z. B. auch für die Kopfsteinpflaster im Innenstadtbereich passende Lösungen zu suchen.

Jeder Anwohner der Lüdinghauser Wohngebiete soll eine gute Radweegeanbindung an die Zielgebiete im Stadtbereich vorfinden, also in die Innenstadt, die Schulen, Sportstätten und die neuen Einkaufszentren. Im Innenstadtbereich fehlt eine gute, überdachte Fahrradabstellanlage. Sie sollte möglichst zusammen mit einer Gruppe von Schließfächern zur Aufbewahrung von Einkauf oder Gepäck während eines Stadtbummels eingerichtet werden.

Gefährliche Verkehrsknoten müssen entschärft werden. Vorrangig ist eine radverkehrsgerechte Gestaltung des Bereiches Adam-Stegerwald-Straße und die Einrichtung von Übergängen für Radfahrer und Fußgänger am Kreisverkehr auf der Konrad-Adenauer-Straße bei Bruno Kleine.

Der Taktbetrieb der Bahn mit ihrer Anbindung an die Zentren Dortmund und Enschede muss am Wochenende in die Abendstunden hinein verlängert werden, um Reisenden einen Besuch von Veranstaltungen auch ohne Auto zu ermöglichen.

Der Busfahrplan darf nicht weiter ausgedünnt werden und das Taxibussystem muss erhalten bleiben. Die Zu- und Abfahrt des Taxiunternehmens soll über den Busbahnhof erfolgen, um dort auch in den Abend- und Nachtstunden Öffentlichkeit zu schaffen und die Wolfsberger Straße zu entlasten. Der Parkplatz am Busbahnhof soll zu einem Park and Ride Platz umgestaltet werden. Eine weitere Zone soll ein kurzzeitiges Halten zum Aufnahmen von Busfahrgästen erlauben.

Die Bundesstraße 474n darf nicht gebaut werden. Die Straße bringt laut Verkehrsgutachtern nur eine äußerst geringe Entlastung für den Seppenrader Ortskern, schafft aber zu Lasten der kommunalen Steuerzahler eine mautfreie Abkürzung für den Fernverkehr.

Wir fordern die Benennung eines Ansprechpartners bzw. einer Ansprechpartnerin in der Verwaltung für Verkehrsangelegenheiten. Dann können Verkehrsteilnehmer Problemzonen, die ihnen bei ihren Alltagswegen auffallen, zur Kenntnis bringen, damit bereichsübergreifend Lösungen gefunden werden können.

Konkret heißt das:

- Mehr gute durchgehende Fußwege und Erhaltung und Verbesserung der vorhandenen Innenhöfe und Stiegen als Abkürzungswege in der Innenstadt
- Alten- und behindertengerechte Umgestaltung gefährlicher Wege und Straßen, insbesondere der Kopfsteinpflasterung im Innenstadtbereich
- Entschärfung gefährlicher Verkehrsknoten, insbesondere in den Bereichen Adam-Stegerwald-Straße am Kreisverkehr auf der Konrad-Adenauer-Straße bei Bruno Kleine
- Verbesserung der Fahrradabstellanlagen in der Innenstadt mit Schließfächern zur Aufbewahrung von Einkauf oder Gepäck
- Zusammenbringen der Verantwortlichkeit für ruhenden und fließenden Verkehr im Rathaus
- Verlängerung des Taktbetriebs der Bahn in die Abendstunden hinein
- Keine Ausdünnung des Busfahrplans und Erhaltung des Taxibussystems
- Sozial-, Familien- und Gruppenticket im ÖPNV
- Umgestaltung des Busbahnhofs als Park-and-Ride-Platz und Einrichtung einer Haltezone für die Aufnahme von Busfahrgästen

- Kein Bau der Bundesstraße 474n
- Die Verantwortlichkeiten für ruhenden und fließenden Verkehr in der Verwaltung zusammenbringen, um einen verantwortlichen Ansprechpartner zu haben

Wohnen und Stadtentwicklung

Lüdinghausen wird als Wohn- und Einkaufsstadt von Einwohnern und Besuchern gleichermaßen hoch geschätzt. Die historische Altstadt mit dem grünen Umfeld der Burgen bietet eine hohe Lebensqualität. Wir GRÜNEN wollen die Attraktivität unserer Stadt durch eine Politik mit Augenmaß und Fantasie erhalten und weiter entwickeln.

Konkret heißt das:

- Konsequente Nutzung vorhandener Bau- und Gewerbegrundstücke
- Vermeidung weiterer Zersiedlung durch neue Bau- und Gewerbegebiete
- Bewahrung historisch gewachsener Bausubstanz in der Innenstadt als Markenzeichen Lüdinghausens
- Beachtung der Maßstäblichkeit innerstädtischer Bebauung in Beziehung zur vorhandenen Bebauung (Kolpinghaus, Wolfsberg)
- Anreize für Lebensmittelgeschäfte in der Innenstadt
- Erhalt bestehender Grünflächen
- Entwicklung des alten Molkereigeländes an der Borg (Ersatzmünsterstraße) zu Geschäftszwecken und zu einer verkehrsberuhigten Zone

Bildung, Erziehung und Jugend

Bildung wird gerade auch wegen des demographischen Wandels zu einer zentralen Zukunftsaufgabe und zu einem der wichtigsten Standortfaktoren. Eine älter werdende Gesellschaft muss aus sozialen und volkswirtschaftlichen Gründen die Potenziale der nachwachsenden Generationen optimal fördern und nutzen. Dabei soll das Verständnis von Erziehung, Bildung und Betreuung ganzheitlich sein und sich an der individuellen Lebenswelt und Bildungsbiographie orientieren.

Das kann nur gelingen, wenn die Bildungsplanung mit allen daran Beteiligten abgestimmt wird, z.B. mit dem Schulamt, dem Jugendamt, den Schulen, außerschulischer Jugendbildung und der Arbeitsagentur. Hierbei übernimmt die Kommune eine Steuerungsfunktion. So kann sie Bildungschancen mitgestalten, denn es sind dieselben Kinder, die zunächst die Kindertagesstätte besuchen, danach die Grund- und weiterführenden Schulen, die die Angebote der offenen Jugendarbeit, der Vereine, der VHS, der Musikschulen und Büchereien nutzen und schließlich in den lokalen Ausbildungs- und Arbeitsmarkt einmünden. Kommunale Bildungs- und Jugendpolitik übernimmt damit aus einem lokalen Handlungsansatz heraus die grundsätzliche Mitverantwortung, die Bildungsperspektiven der nachwachsenden Generationen zu sichern. So leistet sie auch einen zentralen Beitrag für die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Zukunft der Stadt und der Region.

Konkret heißt das:

- Einrichtung eines gemeinsamen Fachbereichs und Ausschusses für Schule, Jugend und Bildung
- Erweiterung der Schulentwicklungspläne über den Raum- und Ausstattungsbedarf hinaus auf Maßnahmen z.B. zur Beseitigung soziale Benachteiligungen
- Aufbau einer kommunalen Bildungsberichterstattung als wirksame Steuerungsunterstützung, in der die Erkenntnisse von Schulaufsicht, Schulverwaltungsamt, Jugendamt, Arbeitsförderung, Arbeitsagentur einfließen, um zukünftige Bildungsentwicklungen steuern zu können
- Lernen von Anfang an, d.h. bedarfsorientierter Ausbau der Betreuung für unter Dreijährige
- Unterstützung von Initiativen zur Umwandlung aller Grundschulen in Gemeinschaftsgrundschulen
- Einrichtung der Ganztagschulen in Lüdinghausen
- Ersatz **aller** Schulpavillons
- unverzügliche Durchführung der erforderlichen Erneuerungsmaßnahmen an den Lüdinghauser Schulen
- Ausbau und Förderung der integrativen Gruppen in Kindergärten, Kindertagesstätten und Schulen
- stärkere finanzielle Unterstützung städtischer und kirchlicher Jugendarbeit usowie der Jugendabteilungen der Vereine
- Ausbau der Integrationsangebote für Migrantinnen und Migranten
- Ausbau und Anpassung des musikpädagogischen Angebots an neue Entwicklungen (z.B. Ganztagschule)

Kultur

Kultur macht eine Stadt nicht nur lebens- und liebenswerter, sondern ist auch ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Deshalb sollte die Stadt ihren freiwilligen Kulturauftrag grundsätzlich als **Pflichtaufgabe** verstehen.

Kunst, Musik, Theater, Literatur, Brauchtum, Vereinsleben, Feste - alle diese Sparten sind in Lüdinghausen mit Leben gefüllt, auch dank vielfältiger privater Initiativen und dank eines hohen ehrenamtlichen Einsatzes. Sie ergänzen und bereichern das städtische Kulturangebot und das Leben in unserer Stadt und bedürfen deshalb weiterer finanzieller Unterstützung.

Auch wird es den kulturellen Reichtum Lüdinghausens mehren, auch andere Kulturen mit ihren Festen im Jahresprogramm der Stadt aufzunehmen.

Konkret heißt das:

- Weitere finanzielle und räumliche Unterstützung und Förderung von freien Kulturträgern und Kulturprojekten (z.B. plattdeutscher Theaterverein, Chöre usw.)
- Berücksichtigung kultureller Vielfalt und verstärkte Einbeziehung anderer Kulturen in das Veranstaltungsprogramm der Stadt und bei städtischen Festen
- Aufnahme aller kulturellen Aktivitäten in den allgemeinen Veranstaltungskalender der Stadt und dessen gemeinsame Veröffentlichung auf der Homepage der Stadt

Sport

Schulen und Vereine müssen genügend Sportstätten zur Verfügung haben, um ihre sportlichen, gesundheitlichen und sozialen Aufgaben zu erfüllen. Für Fußball und Leichtathletik sind die richtigen Weichen gestellt.

Mängel zeigen sich im Schulsport, wo nicht genügend Sporthallenplätze zur Verfügung stehen. Hier müssen in den nächsten Jahren große Anstrengungen unternommen werden, um vorhandene Sporthallen zu modernisieren und zu erweitern. Wo dies nicht möglich ist, müssen auch Ersatz- oder Neubauten in Angriff genommen werden.

Vordringlich ist der Bedarf der Schulen zu befriedigen. Es müssen aber auch Wege gefunden werden, um dem leistungsorientierten Vereinssport in Lüdinghausen eine weitere Zukunft zu ermöglichen.

Konkret heißt das:

- Schrittweise Umsetzung des von den GRÜNEN initiierten Sportstättenkonzepts
- Beseitigung des Turn- und Sporthallenmangels an der Ostwallschule, der Ludgerischule und am Gymnasium Canisianum
- Berücksichtigung der Bedürfnisse der Spitzenmannschaften (Badminton, Volleyball) bei eventuell notwendig werdenden Neubauten, wenn dafür angemessene Zuschüsse eingeholt und Eigenbeiträge geleistet werden

Soziales Miteinander

Unser Wirtschaftssystem ist immer wieder Krisen ausgesetzt, unter denen gerade die Menschen am meisten leiden, die sich am wenigsten dagegen wehren können. Auch in Lüdinghausen existiert offene und versteckte Armut, gegen die eine solidarische Gesellschaft ankämpfen muss. In unserer Stadt gibt es Gruppen, die Schwierigkeiten haben, am Leben in der Gesellschaft teilzunehmen. Dies betrifft sowohl Migrantinnen und Migranten, die die deutsche Sprache nicht genügend beherrschen, als auch Menschen, die wegen einer Krankheit oder aufgrund ihres Alters an Behinderungen leiden oder die wegen ihrer familiären Situation besondere Belastungen zu tragen haben.

Für diese Gruppen muss sich die Stadt Lüdinghausen einsetzen.

Konkret heißt das:

- Ein regelmäßiger Sozialbericht (wie in anderen Kommunen) zum Erkennen und Beheben der Problembereiche
- Lernmittelfreiheit für Schülerinnen und Schüler aus einkommensschwachen Familien, z.B. kostenlose Bereitstellung von Schulbüchern
- Beitragsfreiheit für die Betreuung von Kindern aus einkommensschwachen Familien
- 1-EURO-Mittagessen für Kindern aus einkommensschwachen Familien im Rahmen der Betreuung
- Einrichtung einer örtlichen Beratungs- und Koordinierungsstelle für Menschen mit Behinderungen sowie für alte und pflegebedürftige Menschen
- Unterstützung von Familien und Alleinerziehenden durch flexiblere Kinderbetreuungszeiten
- Ermöglichung von „Mehr-Generationen-Wohnen“ durch Schaffung von planungsrechtlichen Voraussetzungen
- Schaffung und Förderung barrierefreien bezahlbaren Wohnraums mit guter Nahversorgung
- Barrierefreie Gestaltung aller öffentlichen Einrichtungen, z. B. Burg Lüdinghausen und Schulen, sowie barrierefrei zugängliche öffentliche Verkehrsmittel und Haltestellen
- Einbindung direkt gewählter Seniorenvertreter/innen in die Entscheidungen aller relevanten Ratsausschüsse
- Einrichtung eines spezifischen Betreuungs- und Beratungsangebots für die in Lüdinghausen lebenden Migrantinnen und Migranten unter Einbeziehung der Bildungs- und Berufsmöglichkeiten zur Integration

Wirtschaft und Finanzen

Seit Jahrzehnten lebt Lüdinghausen am Rande seiner finanziellen Möglichkeiten. Der Schuldenstand schränkt wegen der Kreditzinsen unsere Gestaltungsmöglichkeiten ein. Eine Ausweitung der Schulden wird die Möglichkeiten kommender Generationen beschneiden. Zusätzlich reduzieren sich die Möglichkeiten, den Haushalt durch Grundstücksverkäufe zu sanieren, weil durch die demografische Entwicklung ein weiteres Wachstum der Bevölkerung unwahrscheinlich wird. Vor diesem Hintergrund müssen wir die finanzielle Zukunft also realistisch gestalten. Das heißt auch, dass wir auf Dauer nicht mehr ausgeben dürfen, als wir einnehmen.

Alle Bürgerinnen und Bürger Lüdinghausens tragen mit ihren Steuern und Gebühren dazu bei, dass die Stadt handlungsfähig bleibt. Diese Belastung muss gerechter verteilt werden. Die Bewohner der Innenstadt ermöglichen mit ihren Abwasserbeiträgen Gewinne des Abwasserwerks, die in den städtischen Haushalt fließen. Wir erwarten, dass sich auch der Außenbereich mit eigenen Beiträgen an der Sanierung des Haushalts beteiligt.

Lüdinghausens Wirtschaft ist mittelständisch strukturiert. Diese Struktur wollen wir erhalten. Sie ist Garant für eine niedrige Arbeitslosigkeit und für ein flexibles Reagieren auf gesamtwirtschaftliche Krisen. Dafür müssen keine neuen Gewerbegebiete ausgewiesen werden. Und die Versuche anderer Kommunen, für ihre eigenen überdimensionierten Industriegebiete die Unterstützung Lüdinghausens zu bekommen (wie z.B. der Neubau von Straßen durch die Lüdinghauser Parklandschaft zur Anbindung des „New Park“ in Datteln), lehnen wir ab.

Konkret heißt das:

- Die Finanzpolitik Lüdinghausens soll sich auszeichnen durch klare Haushaltsplanung und nachvollziehbare Darstellung der Folgekosten von Entscheidungen
- Keine neuen Schulden
- Keine weitere Erschließung von Siedlungsflächen und keine Ausweitung der schon jetzt überdimensionierten Gewerbegebiete
- Gerechte Verteilung der Belastungen, z.B. beim Abwasserwerk
- Stärkung des Mittelstands
- Keine finanzielle Beteiligung der Stadt Lüdinghausen an der B474n oder ihres Ersatzes als Kreisstraße